



## Verwaltungsrat

329. Tagung, Genf, 9.-24. März 2017

GB.329/POL/3

Sektion Politikentwicklung

POL

Datum: 8. Februar 2017

Original: Englisch

### DRITTER PUNKT DER TAGESORDNUNG

## Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Arbeit

#### Zweck der Vorlage

Diese Vorlage enthält Informationen über die Folgen des Klimawandels für menschenwürdige Arbeit. Sie gibt einen Überblick über den Stand der weltweiten Maßnahmen zum Klimawandel seit der Annahme der *IAO-Leitlinien für einen gerechten Übergang*. Sie berichtet über die Maßnahmen des Amtes zur Unterstützung der Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens mit dem Schwerpunkt auf menschenwürdiger Arbeit und einem gerechten Übergang für alle und beschäftigt sich mit der potentiellen Rolle der IAO im Rahmen der einschlägigen internationalen Prozesse zur Bewältigung des Klimawandels. Der Verwaltungsrat wird ersucht, Kenntnis von den Informationen zu nehmen und Orientierungshilfe zu weiteren Maßnahmen des Amtes zu geben (siehe den Beschlussentwurf in Absatz 33).

**Einschlägiges strategisches Ziel:** Alle.

**Einschlägige Ergebnisvorgabe/einschlägiger übergreifender grundsatzpolitischer Faktor:** Ergebnisvorgabe 4: Förderung von nachhaltigen Unternehmen.

**Grundsatzpolitische Konsequenzen:** Ja. Arbeiten über die grundsatzpolitischen Ergebnisvorgaben hinweg zu Themen, die für menschenwürdige Arbeit und den Klimawandel relevant sind.

**Rechtliche Konsequenzen:** Keine.

**Finanzielle Konsequenzen:** Keine.

**Erforderliche Folgemaßnahmen:** Ja.

**Verfasser:** Hauptabteilung Unternehmen (ENTERPRISES).

**Verwandte Dokumente:** GB.325/POL/3, GB.326/POL/INF/1, GB.328/INS/17/2.



## I. Klimawandel und menschenwürdige Arbeit

1. Der Klimawandel bringt erhebliche Herausforderungen für die nachhaltige Entwicklung mit sich und hat bedeutende Konsequenzen für das Wirtschaftswachstum, die Arbeitsplätze, die Gesundheit und die Existenzgrundlagen. Unkontrollierte Klimaauswirkungen werden Infrastrukturschäden zur Folge haben, den Geschäftsbetrieb stören sowie Arbeitsplätze und Existenzgrundlagen vernichten, und zwar in einem bisher nicht gekanntem Ausmaß. Übergänge zu kohlenstoffarmen ökologisch nachhaltigen Volkswirtschaften und Gesellschaften können aber auch starke Triebkräfte für die Schaffung von Arbeitsplätzen, Höherqualifizierung, soziale Gerechtigkeit und die Beseitigung von Armut sein und ein klimaresistentes Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Es gibt mehr und mehr Anzeichen dafür, dass das Arbeitsplatzschaffungspotential die Risiken von Arbeitsplatzverlusten aufwiegt. Positive Arbeitsmarktergebnisse erfordern jedoch das aktive Engagement der Arbeitswelt und die Festlegung und Umsetzung von spezifischen Maßnahmen für Arbeitsplatzschaffung, berufliche Qualifizierung und Weiterbildung, die Entwicklung nachhaltiger Unternehmen, den sozialen Schutz, Rechte bei der Arbeit und den sozialen Dialog, um für menschenwürdige Arbeit und einen gerechten Übergang für alle zu sorgen, damit niemand zurückgelassen wird.
2. Die IAO erörterte Fragen im Zusammenhang mit dem Klimawandel auf der 102. Tagung (2013) der Internationalen Arbeitskonferenz. Die Grüne Initiative des Generaldirektors unterstreicht die Bedeutung eines Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Arbeitswelt und wird die Trennungslinie zwischen den künftigen Aufgaben und Tätigkeiten der IAO und denen der Vergangenheit markieren. Maßnahmen gegen den Klimawandel sind für die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen von zentraler Bedeutung und stehen im Mittelpunkt des Ziels 13. Darüber hinaus ist der Klimawandel für praktisch alle anderen Ziele für nachhaltige Entwicklung relevant, einschließlich des Ziels 8 in Bezug auf menschenwürdige Arbeit und wirtschaftliches Wachstum.

### Klimaauswirkungen: Die Risiken für menschenwürdige Arbeit

3. Die Hauptrisiken, die mit dem Klimawandel verbunden sind, reichen von wirtschaftlichen Schäden und Wohlfahrtsverlusten, Beeinträchtigungen der Gesundheit und der Arbeitsproduktivität bis zur Zwangsmigration von Arbeitskräften. Die Wechselbeziehungen zwischen diesen und verschiedenen anderen Risiken führen zu erheblichen Herausforderungen für menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit. In vielen Fällen werden Arbeitsplätze in Sektoren, die durch Informalität und Defizite an menschenwürdiger Arbeit gekennzeichnet sind, durch Klimaauswirkungen weiter untergraben. Die Risiken sind tendenziell höher für eingeborene und in Stämmen lebende Völker, die Bewohner von ländlichen Gebieten und Küstenregionen, Frauen und Jugendliche.
4. Bei einem Weitermachen-wie-bisher-Szenario könnte der langfristige Klimawandel das Wohlergehen in einer einem Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauchs zwischen 5 und 20 Prozent weltweit entsprechenden Größenordnung reduzieren.<sup>1</sup> Zu den von Klimaveränderungen am meisten betroffenen Wirtschaftssektoren gehören die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft, die Energiewirtschaft, das Transportwesen, das verarbeitende Gewerbe und Hoch- und Tiefbau. Zusammen beschäftigen sie mehr als die Hälfte der Welterwerbsbevölkerung.

<sup>1</sup> N. Stern: *The Economics of Climate Change: The Stern Review* (Cambridge University Press, 2007), zugänglich unter: [http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20100407172811/http://www.hm-treasury.gov.uk/stern\\_review\\_report.htm](http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20100407172811/http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm).

Allein die Landwirtschaft gibt 1,3 Milliarden Menschen Arbeit – nahezu 40 Prozent der weltweiten Beschäftigung –, von denen die meisten arbeitende Arme sind.

5. Was den Arbeitsschutz angeht, so wird der Klimawandel unmittelbare Auswirkungen beispielsweise durch Temperaturveränderungen haben. Übermäßige Hitzebelastung am Arbeitsplatz ist ein Beispiel für eine bekannte arbeitsbedingte Gesundheitsgefahr. Hohe Körpertemperaturen oder Dehydration führen zu Hitzekollaps, Hitzschlag und in extremen Fällen zum Tod. Extreme Hitze erhöht auch die Gefahr von Arbeitsunfällen, und eine Körpertemperatur über 40,6 Grad Celsius ist lebensbedrohend. Mehr als 1 Milliarde Arbeitnehmer haben jedes Jahr schon mit Dutzenden von zusätzlichen extrem heißen Tagen allein wegen des Klimawandels zu kämpfen. Bei den Folgen für die Gesundheit der Arbeitnehmer dominieren Unterernährung, Durchfall, Malaria und hitzebedingte kardiorespiratorische Krankheiten. Der Fünfte Bewertungsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) bestätigte, dass die Auswirkungen auf die Arbeitsproduktivität Produktionsrückgänge in den betroffenen Sektoren von mehr als 20 Prozent während der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zur Folge haben könnten. Insgesamt können sich die globalen wirtschaftlichen Kosten einer verringerten Produktivität bis 2030 auf mehr als 2 Billionen US-Dollar belaufen.<sup>2</sup> Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zu seiner Eindämmung werden sich indirekt auch auf den Arbeitsschutz auswirken. Die Arbeitnehmer können Gefahren und Risiken im Zusammenhang mit neuen „grünen“ Technologien und den damit verbundenen Tätigkeiten ausgesetzt sein, die zuvor unbekannt waren.
6. Im Jahr 2014 mussten 19,3 Millionen Menschen ihre Heimat aufgrund von Naturgefahren verlassen, die meisten von ihnen im Süden der Hemisphäre. Es wird damit gerechnet, dass der Klimawandel in den kommenden Jahrzehnten eine Zunahme der akuten Katastrophen, der Vernichtung von Existenzgrundlagen und der sozialen Spannungen bewirken wird, die zu einer verstärkten Vertreibung und Migration führen werden. Die Migration ist für Gemeinschaften, die mit extremen Wetterereignissen zu kämpfen haben, zu einem wesentlichen Sicherheitsventil geworden, da die Migration und insbesondere die Arbeitsmigration den Gemeinschaften dabei helfen kann, sich an die Auswirkungen von Klimaveränderungen anzupassen und sie abzumildern. Eine unregulierte Mobilität setzt Arbeitsmigranten jedoch kostspieligen Anwerbegebühren, Zwangsarbeit und anderen Formen von Ausbeutung aus, und sie kann einheimische Arbeitnehmer verdrängen und übermäßigen Druck auf die Arbeitsmärkte ausüben. Wo Migration aus klimabetroffenen Gebieten bereits stattfindet, können die hohen Kosten der Wanderungsbewegungen das Leben und das Wohl von Wanderarbeitskräften und ihren Familien untergraben und zum unvermeidlichen Niedergang ihrer Herkunftsländer führen.

### **Veränderungen in den Arbeitsmärkten aufgrund von Klimamaßnahmen: Chancen und Herausforderungen für menschenwürdige Arbeit**

7. Ein weltweiter Übergang zu einer kohlenstoffarmen und nachhaltigen Wirtschaft hat sowohl positive als auch negative Konsequenzen für die Beschäftigung. Produktion und Beschäftigung in kohlenstoffarmen Industriezweigen und Dienstleistungssektoren werden im Allgemeinen wachsen, während energie- und ressourcenintensive Sektoren stagnieren oder schrumpfen dürften. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, dass es insgesamt zu einer Zunahme der Beschäftigung kommen kann. Eine Reihe von Untersuchungen deuten auf Nettobeschäf-

<sup>2</sup> UNDP et al.: *Climate change and labour: Impacts of heat in the workplace*, 28. Apr. 2016, S. 3, [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_emp/---gjp/documents/publication/wcms\\_476194.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---gjp/documents/publication/wcms_476194.pdf).

tigungszuwächse in der Größenordnung zwischen 0,5 bis 2 Prozent oder 15 bis 60 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen weltweit bis 2030 hin.<sup>3</sup>

8. Aus konzeptioneller Sicht können sich vierfache Auswirkungen auf die Beschäftigung ergeben. Erstens wird die Ausweitung umweltfreundlicherer Erzeugnisse, Dienstleistungen und Infrastruktureinrichtungen sich in einer höheren Nachfrage nach Arbeitskräften in vielen Sektoren der Wirtschaft niederschlagen, was zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen führen wird. Ein Beispiel ist der Sektor der erneuerbaren Energien: Hier ist die Beschäftigung in den letzten Jahren erheblich gewachsen und hat 2015 geschätzte 8,1 Millionen Arbeitsplätze weltweit erreicht.<sup>4</sup> Bemerkenswert ist, dass dieses Wachstum aufgrund des zusätzlichen Energiebedarfs der Schwellenländer Arbeitsplätze im Sektor der fossilen Brennstoffe eher ergänzt statt ersetzt hat.<sup>5</sup> Das kann sich mit der Festsetzung von ehrgeizigeren Zielen für die Emissionsreduktion, wie ein umfassender Übergang von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien (und zu Energieeffizienz), durchaus ändern.
9. Zweitens werden einige der bestehenden Arbeitsplätze aufgrund von Übergängen von weniger effizienten zu effizienteren, von kohlenstoffreichen zu kohlenstoffarmen und von umweltschädlichen zu umweltfreundlicheren Technologien, Verfahren und Erzeugnissen verdrängt werden. Beispiele sind die Verlagerung des Transports von der Straße auf die Schiene, der Übergang von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor zur Produktion von Elektrofahrzeugen und von Deponieren zu Recycling und Sanierung. Diese Verlagerungen können schrittweise oder plötzlich erfolgen und werden innerhalb von Industriezweigen und über verschiedene Industriezweige hinweg stattfinden. Sie haben Konsequenzen für die Berufsprofile und den Qualifikationsbedarf wie auch für die Arbeitsplatzsicherheit der Arbeitnehmer.
10. Drittens können bestimmte Arbeitsplätze wegfallen – sie werden entweder sukzessive oder massiv abgebaut –, ohne direkt ersetzt zu werden. Dies kann geschehen, wenn umweltschädliche und energie- und materialintensive Wirtschaftstätigkeiten abgebaut oder völlig eingestellt werden. In China beispielsweise wird geschätzt, dass Pläne zur Schließung von Tausenden von Kohlebergwerken zum Abbau von Überkapazitäten und zur Bewältigung des Klimawandels zum Verlust von rund 1,3 Millionen Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie führen werden, neben 500.000 Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie – entsprechend rund 20 Prozent bzw. 11 Prozent der Beschäftigten in diesen beiden Sektoren in China.<sup>6</sup> Allgemein gesehen könnte eine größere Energie-, Material- und Wassereffizienz (neben einer verstärkten Wiederverwertung von Materialien und Wiederverwendung von Produkten) zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten im Primärsektor führen. Wie im Fall der Schaffung von Arbeitsplätzen gibt es indirekte und induzierte Auswirkungen.

<sup>3</sup> IAA und das Internationale Institut für Arbeitsfragen (IILS): *Working towards sustainable development: Opportunities for decent work and social inclusion in a green economy* (Genf, IAA, 2012), [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms\\_181836.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_181836.pdf).

<sup>4</sup> Internationale Agentur für erneuerbare Energien (IRENA): *Renewable Energy and Jobs: Annual Review 2016*, [http://www.se4all.org/sites/default/files/IRENA\\_RE\\_Jobs\\_Annual\\_Review\\_2016.pdf](http://www.se4all.org/sites/default/files/IRENA_RE_Jobs_Annual_Review_2016.pdf).

<sup>5</sup> P. Poschen: *Decent work, green jobs and the sustainable economy* (Sheffield, Greenleaf Publishing, 2015), [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms\\_373209.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_373209.pdf).

<sup>6</sup> S. Yan: „China plans to cut 1.8 million coal and steel jobs“, in *CNN Money*, 29. Febr. 2016, <http://money.cnn.com/2016/02/29/news/economy/china-steel-coal-jobs/>.

11. Veränderungen infolge von klima- und umweltpolitischen Maßnahmen sind nur einer von mehreren Faktoren, die Arbeitsplatzverluste zur Folge haben. Tatsächlich war die Ökologisierung bisher nur ein unbedeutender Faktor.<sup>7</sup> Die Hauptgründe für die abnehmende Beschäftigung in Industriezweigen wie Bergbau, fossile Energien sowie Eisen und Stahl waren relative und absolute Preisschwankungen, zunehmende Automatisierung und steigende Arbeitsproduktivität, die im Verlauf mehrerer Jahrzehnte stattgefunden haben.
12. Viertens werden viele und möglicherweise die meisten bestehenden Arbeitsplätze im Zuge der Ökologisierung der Arbeitsabläufe, Qualifikationen, Arbeitsmethoden und Arbeitsplatzprofile einfach eine Transformation und Neudefinition erfahren. So werden die Automobilhersteller kraftstoffeffizientere (oder Elektro-) Fahrzeuge bauen. Bauern werden klimaresistentere Anbaumethoden einsetzen. Baukonstrukteure und Bauarbeiter werden energieeffizientere Methoden anwenden.
13. Prognosen von Nettobeschäftigungszuwächsen schließlich beruhen oft auf der Annahme einer vollkommenen Arbeitsmarktdynamik, wobei die Arbeitnehmer zwischen Arbeitsplätzen und Standorten wechseln und es ein ausreichendes Angebot an Arbeitskräften mit den erforderlichen Qualifikationen gibt. In Wirklichkeit sind die Arbeitnehmer aber nicht immer in der Lage, ohne angemessene Umzugsunterstützung und die erforderliche Weiterbildung den Arbeitsplatz zu wechseln. Wenn diese Fragen nicht durch entsprechende Maßnahmen angegangen werden, können die Nettobeschäftigungsauswirkungen des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft negativ sein.

### **Notwendigkeit eines Rahmens für einen gerechten Übergang**

14. Die politischen Antworten auf den Klimawandel laufen unter der Bezeichnung beabsichtigte national festgelegte Beiträge (INDCs), die von den meisten Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) übermittelt worden sind. Die INDCs, die nach der Annahme des Pariser Klimaschutzabkommens jetzt als feste national festgelegte Beiträge (NDCs) angesehen werden, stellen den Anspruch und die Basis der nationalen Klimaschutzmaßnahmen dar. Bis Januar 2017 waren 162 NDCs entsprechend 190 Vertragsparteien der UNFCCC übermittelt worden.
15. Solche politischen Antworten auf den Klimawandel setzen bedeutende strukturelle Veränderungen voraus, die sich auf die nationalen Volkswirtschaften, Unternehmen, Arbeitnehmer und ihre Gemeinschaften auswirken werden. Der Erfolg von Klimaschutzmaßnahmen hängt somit von der Entwicklung und Umsetzung von förderlichen Politiken im Weg des sozialen Dialogs ab, um sicherzustellen, dass der Übergang zu inklusiven grünen Volkswirtschaften gerecht und fair ist, die Möglichkeiten für wirtschaftlichen Wohlstand, die Entwicklung nachhaltiger Unternehmen, die soziale Gerechtigkeit, Rechte und den sozialen Schutz für alle maximiert und niemanden zurücklässt.
16. Das Pariser Abkommen anerkennt die Notwendigkeit einer Reaktion, die „der zwingenden Notwendigkeit eines gerechten Strukturwandels für die arbeitende Bevölkerung und der Schaffung menschenwürdiger Arbeit und hochwertiger Arbeitsplätze im Einklang mit den national festgelegten Entwicklungsprioritäten“ Rechnung trägt. Konkret bedeutet das, dass die Maßnahmen gegen den Klimawandel die Möglichkeiten für die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen maximieren und einen sozialen Schutz für alle sicherstellen sollten. Die Klimaschutzunterhändler gehen diese Herausforderung in dem „verbesserten

<sup>7</sup> IAA und IILS, a.a.O.

Forum für Schutzmaßnahmen“ an, das die Auswirkungen untersucht, die Klimaschutzmaßnahmen auf Fragen wie die Beschäftigung haben könnten.

17. Im Kontext der IAO haben Regierungen und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände die *Leitlinien für einen gerechten Übergang zu umweltverträglichen Volkswirtschaften und Gesellschaften für alle* verfasst, die vom Verwaltungsrat auf seiner 325. Tagung (Oktober-November 2015) angenommen wurden. Diese Leitlinien bieten einen umfassenden Politikrahmen, auf den die Länder sich bei der Erfüllung ihrer Klimaschutzzusagen stützen können, während sie gleichzeitig makroökonomische und wachstumspolitische Maßnahmen, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, industrie- und sektorpolitische Maßnahmen, unternehmenspolitische Maßnahmen, Maßnahmen in den Bereichen Qualifikationsentwicklung, Rechte, sozialer Schutz und Arbeitsschutz vorsehen, die allesamt durch Politikkohärenz und einen effektiven sozialen Dialog und Dreigliedrigkeit untermauert werden.

## II. Globale politische Entwicklungen

### Inkrafttreten des Pariser Klimaschutzabkommens

18. Das Pariser Abkommen wurde 12. Dezember 2015 auf der einundzwanzigsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien der UNFCCC (COP 21) verabschiedet, die vom 30. November bis 13. Dezember 2015 in Paris stattfand, und trat am 4. November 2016 in Kraft. Das frühe Inkrafttreten des Abkommens ist ein eindeutiges politisches Signal, dass sich alle Nationen zu entscheidenden weltweiten Klimaschutzmaßnahmen bekennen. Das Abkommen verpflichtet die Länder darauf, den Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, um den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

### Ergebnisse der 22. Konferenz der Vertragsparteien der UNFCCC

19. Die zweiundzwanzigste Tagung der jährlichen Konferenz der Vertragsparteien der UNFCCC (COP 22) fand vom 7. bis 18. November 2016 in Marrakesch, Marokko, statt mit dem Schwerpunkt auf der Umsetzung des Pariser Abkommens. Die fast 500 teilnehmenden Staats- und Regierungschefs und Minister bekräftigten eine globale Verpflichtung zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Das Hauptergebnisdokument – die Proklamation von Marrakesch zu Maßnahmen für unser Klima und für nachhaltige Entwicklung<sup>8</sup> – stellt ein eindeutiges Engagement für Maßnahmen gegen den Klimawandel und für nachhaltige Entwicklung dar. Als Termin für den Abschluss des Fahrplans für die Umsetzung des Pariser Abkommens haben die Regierungen 2018 festgelegt.
20. Mehrere Länder, darunter Deutschland, Kanada, Mexiko und die Vereinigten Staaten, haben ehrgeizige Klimaschutzstrategien bis 2050 als langfristige Ziele zur Verwirklichung von Klimaneutralität und einer emissionsarmen Wirtschaft in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts angekündigt. Das Climate Vulnerable Forum, eine Gruppe von mehr als 40 Ländern, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, verabschiedete die Climate Vulnerable Forum Vision, die zu Anstrengungen aufruft, um den weltweiten Temperaturanstieg auf

<sup>8</sup> [https://unfccc.int/files/meetings/marrakech\\_nov\\_2016/application/pdf/marrakech\\_action\\_proclamation.pdf](https://unfccc.int/files/meetings/marrakech_nov_2016/application/pdf/marrakech_action_proclamation.pdf).

unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, und die Mitgliedstaaten darauf verpflichtet, so rasch wie möglich eine 100 prozentige Umstellung auf erneuerbare Energien anzustreben.

21. Unternehmen, Investoren, Städte und Kommunalverwaltungen machten mehrere neue Klimaschutzzusagen, wie die Under2 Coalition, eine Vereinigung von subnationalen Regierungen, die sich verpflichtet haben, ihre Emissionen bis 2020 um mindestens 80 Prozent zu senken. Die Unternehmenskoalition We Mean Business kündigte an, dass 471 Unternehmen mit einem Gesamtmarktwert von über 8 Billionen US-Dollar mehr als tausend ehrgeizige Verpflichtungen zu Klimaschutzmaßnahmen eingegangen sind.
22. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) präsentierte seine drei obersten Prioritäten für die Gewerkschaften im Bereich der internationalen Klimapolitik für COP 22: 1) die Ambitionen anheben und das Beschäftigungspotential von Klimaschutzmaßnahmen ausschöpfen; 2) Mittel für die Finanzierung des Klimaschutzes bereitstellen und die am meisten Betroffenen unterstützen; und 3) die Verpflichtung eingehen, sich für einen gerechten Übergang für Arbeitnehmer und ihre Gemeinschaften einzusetzen.<sup>9</sup> Der IGB erklärte, die Gewerkschaften sollten von ihren Regierungen und den Arbeitgebern den Dialog fordern, der zu einem nationalen Plan für Decarbonisierung, saubere Energie und Arbeitsplätze führen wird – ein Plan, der Verpflichtungen einschließt, einen gerechten Übergang für alle sicherzustellen.<sup>10</sup>
23. Die Internationale Arbeitgeber-Organisation (IOE) unterstrich, dass es ohne Wachstum und produktive Beschäftigung weniger Spielraum für den erfolgreichen Schutz der Umwelt und die Förderung menschenwürdiger Arbeit gibt. Da Unternehmen die Hauptquelle für die Schaffung von Arbeitsplätzen sind, kommt einem unternehmensfreundlichen Umfeld vorrangige Bedeutung zu. Unternehmen sind an vorderster Front, wenn es darum geht, Produkte, Verfahren, innovative Technologien, Dienste und Lösungen zu liefern, die für eine grünere Wirtschaft unerlässlich sind. Unternehmen benötigen Unterstützung, um sich besser in nationalen Strategien für nachhaltige Entwicklung engagieren und über die repräsentativen Arbeitgeberverbände an der Gestaltung der NDCs mitwirken zu können.
24. Die Anpassung an den Klimawandel wurde mit neuen Initiativen wie der Initiative Anpassung der afrikanischen Landwirtschaft erneut in den Vordergrund gestellt, und der Anpassungsfonds erhielt neue Zusagen in Höhe von 81 Millionen US-Dollar, womit das Jahresziel übertroffen wurde. Die Vertragsparteien verabschiedeten einen neuen Fünfjahresrahmen im Rahmen des Internationalen Mechanismus von Warschau für Verluste und Schäden, die mit Klimaänderungen verbunden sind, um diejenigen Auswirkungen zu bewältigen, die nicht über die geplante Anpassung angegangen werden, darunter Vertreibung, Migration und menschliche Mobilität sowie umfassendes Risikomanagement.
25. Der Arbeitszweig Gender und Klimawandel offenbarte Unterstützung durch viele Klimaschutzunterhändler, und es wurde ein verstärktes Engagement für Arbeitsfragen zum Ausdruck gebracht. Die Schlussfolgerungen enthielten ausdrückliche Hinweise auf traditionelle Kenntnisse. Die Vertragsparteien beschlossen die Operationalisierung des Pariser Ausschusses für Kapazitätsaufbau, indem sie seine Mitglieder wählten und beschlossen, dass der Ausschuss im Mai 2017 mit seiner Arbeit beginnen wird mit dem Auftrag, beim Aufbau von Kapazität für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern behilflich zu sein. Was örtliche Gemeinschaften und indigene Völker angeht, so wurden die ersten Schritte im Hinblick auf die Operationalisierung der Plattform für örtliche Gemeinschaften und indigene Völker, die 2015 eingerichtet wurde, unternommen. Dies stellt eine neue Etappe auf dem Weg zur Berücksichtigung der Anliegen und Bedürfnisse von indigenen Völkern im Bereich des

<sup>9</sup> <https://www.ituc-csi.org/ituc-contribution-to-unfccc-cop22>.

<sup>10</sup> <https://www.ituc-csi.org/ituc-response-to-paris-climate>.



Klimaschutzes dar und bestätigt den Einsatz des Übereinkommens (Nr. 169), über eingeborene und in Stämmen lebende Völker, 1989, als wichtiges Instrument.

26. Für die IAO war von besonderer Bedeutung, dass die Diskussionen über das Verbesserte Forum für Schutzmaßnahmen zur Bildung einer Technischen Expertengruppe führten, die Orientierungshilfe als Grundlage für die Verhandlungen geben soll. Die Vertragsparteien ersuchten ihre Vorsitzenden, die einschlägigen zwischenstaatlichen und internationalen Organisationen, darunter die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), die IAO, der IGB und andere, einzuladen, zwei Experten zu benennen, um einen Beitrag zu der Gruppe zu leisten. Dieses Ergebnis bietet der IAO eine bedeutende Gelegenheit, sich an der Arbeit der Technischen Expertengruppe stärker zu beteiligen und Angelegenheiten, die für die Organisation von Interesse sind, voranzutreiben.

### III. Maßnahmen des Amtes

#### Engagement für und Beitrag zu den Klimaschutzverhandlungen

27. Als UN-Beobachterorganisation im Rahmen der UNFCCC nahm die IAO mit einer Delegation von Bediensteten aus mehreren grundsatzpolitischen Hauptabteilungen und Außenbüros an der COP 22 teil. Das Amt beteiligte sich an den Verhandlungen einer Kontaktgruppe, die einen gerechten Übergang und die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit diskutierte, und wurde von den UNFCCC-Vertragsparteien eingeladen, als Grundlage für die Verhandlungen eine Präsentation durchzuführen. Außerdem nahmen Bedienstete an den Verhandlungen über nationale Anpassungspläne, den internationalen Mechanismus von Warschau für Verluste und Schäden – insbesondere die Entwicklung einer Task-Force Vertreibung –, Kapazitätsaufbau in Entwicklungsländern sowie Gender und Klimaschutz teil.
28. Die IAO organisierte mehrere Nebenveranstaltungen zu den Themen im Zusammenhang mit Ziel 8 der Agenda 2030, ein gerechter Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, und sozialer Schutz und Klimawandel, unter Teilnahme von hochkarätigen Rednern, die Regierungen, die IOE und den IGB vertraten. IAO-Delegierte schlossen sich einer Veranstaltung auf hoher Ebene über nachhaltigen wirtschaftlichen Übergang und wirtschaftliche Diversifizierung an, an der Vertreter des UN-Generalsekretärs, der Präsident der Generalversammlung, mehrere Minister, Parlamentarier und Vertreter des IGB und von Wirtschaftsverbänden teilnahmen.<sup>11</sup>

#### Zusammenarbeit mit der UNFCCC und dem IPCC

29. Das Amt arbeitete aktiv mit dem UNFCCC-Sekretariat bei der Erstellung eines technischen Papiers über einen gerechten Übergang der Erwerbsbevölkerung und die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit und guten Arbeitsplätzen zusammen.<sup>12</sup> Außerdem nahm das Amt an einem Workshop zum Austausch von Meinungen und Erfahrungen über „Wirtschaftliche Diversifizierung und Umgestaltung“ und „Gerechter Übergang der Erwerbsbevölkerung und

<sup>11</sup> Ein Überblick über die von der IAO anlässlich der COP 22 ausgerichteten Veranstaltungen ist zugänglich unter: [http://www.ilo.org/global/topics/green-jobs/news/WCMS\\_534200/lang--en/index.htm](http://www.ilo.org/global/topics/green-jobs/news/WCMS_534200/lang--en/index.htm).

<sup>12</sup> UNFCCC-Sekretariat: *Just transition of the workforce, and the creation of decent work and quality jobs*, 26 Oct. 2016, <http://unfccc.int/resource/docs/2016/tp/07.pdf>.

die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit und guten Arbeitsplätzen“, 2.-4. Oktober 2016 in Doha, Katar, teil.<sup>13</sup> Das Amt und das UNFCCC-Sekretariat arbeiten derzeit eine Vereinbarung aus, um die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen zu verstärken.

30. Das IPCC ist das internationale Gremium, das für die Bewertung des Wissens im Zusammenhang mit dem Klimawandel verantwortlich ist. Es wurde 1988 von der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) eingesetzt, um Entscheidungsträgern regelmäßige Bewertungen der wissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels, seiner Auswirkungen und künftiger Risiken sowie Optionen für Anpassung und Abschwächung zu liefern. Das Gremium befindet sich derzeit in seinem sechsten Bewertungszyklus, in dessen Verlauf es drei Sonderberichte, einen Methodologiebericht über nationale Treibhausgasinventare und seinen Sechsten Bewertungsbericht ausarbeiten wird. In diesem Zusammenhang trägt das Amt zu einer Rahmenuntersuchung bei mit dem Ziel, die Fragen und Themen festzulegen, die das IPCC in seinem Sechsten Bewertungsbericht behandeln wird.

### **Umsetzung des Pilotprojekts für einen gerechten Übergang**

31. Initiativen zur Unterstützung der Umsetzung der IAO-*Leitlinien für einen gerechten Übergang* laufen in den Philippinen und in Uruguay und werden in Kürze in Ghana und anderen Ländern, die entsprechendes Interesse bekundet haben, anlaufen. Bisher ist ein Prozess des sozialen Dialogs auf den Weg gebracht worden, der es Regierungen und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden ermöglicht, nationale Prioritäten bei der Bekämpfung des Klimawandels zu behandeln, um menschenwürdige Arbeit, sozialen Schutz, Qualifikationsentwicklung und Maßnahmen für die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels auf Unternehmen, Arbeitnehmer und Gemeinschaften voranzubringen.

### **Schulung und Kapazitätsaufbau für IAA-Bedienstete und Mitgliedsgruppen**

32. In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Ausbildungszentrum der IAO in Turin sind eine Reihe von Schulungsprogrammen und Lehrgängen organisiert worden, um das Wissen, das Verständnis und die Kapazitäten der IAO-Mitgliedsgruppen im Zusammenhang mit Fragen, die für menschenwürdige Arbeit und den Klimawandel relevant sind, zu verbessern. Seit Juni 2016 wird im Turiner Zentrum ein neuer Lehrgang über Klimawandel, einen gerechten Übergang und menschenwürdige Arbeit durchgeführt. Während des Jahres 2016 leistete das Amt IGB-Afrika Unterstützung bei einer Reihe von regionalen und subregionalen Schulungsseminaren zu Klimawandel und menschenwürdiger Arbeit. IAA-Bedienstete nahmen auch an Sitzungen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses teil, um Auffassungen und Perspektiven zu den Konsequenzen des Klimawandels für die Arbeitsmärkte, zu Erfahrungen mit in Europa verfolgten Politiken und zu gewonnenen Erkenntnissen beizusteuern. Im Oktober 2016 führte eine Akademie für die grüne Wirtschaft rund 150 Vertreter aus 35 Ländern zu einem Politikdialog auf hoher Ebene zusammen, der dem Thema Die Zukunft der Arbeit beim Übergang zu inklusiven grünen Volkswirtschaften gewidmet war und der die Bedeutung von Beschäftigungs- und Verteilungsauswirkungen beim Übergang zu kohlenstoffarmen Volkswirtschaften und die Notwendigkeit anerkannte, einen gerechten Übergang für Unternehmen, Arbeitnehmer und Gemeinschaften sicherzustellen. Neben einem technischen Seminar und einem ministeriellen Dialog, die im April und im Juni 2016

<sup>13</sup> Dokumente des Workshops sind zugänglich unter: [http://unfccc.int/cooperation\\_support/response\\_measures/items/9973.php](http://unfccc.int/cooperation_support/response_measures/items/9973.php).

unter der Schirmherrschaft des Climate Vulnerable Forum organisiert wurden, veranstaltete die IAO im Dezember 2016 auch eine Lernwerkstatt über Hitzewellen und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsstätte. Im Januar 2017 schließlich leistete das Amt einen Beitrag zu dem Wirtschaftsforum für das südliche Afrika in Pretoria zum Thema Einbindung der Wirtschaft im Rahmen des Klimawandels und der menschenwürdigen Arbeit.

## Beschlussentwurf

- 33. Der Verwaltungsrat nimmt Kenntnis von den vom Amt vorgelegten Informationen und ersucht den Generaldirektor:**
- a) *die Diskussion, die Kenntnis und das Verständnis der Konsequenzen des Klimawandels für die Arbeitswelt durch die Grüne Initiative weiter zu fördern;*
  - b) *mit der Anwendung der Leitlinien für einen gerechten Übergang zu ökologisch nachhaltigen Volkswirtschaften und Gesellschaften für alle in Pilotländern fortzufahren, wobei der Schwerpunkt darauf liegen sollte, Regierungen und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände durch den sozialen Dialog bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Umsetzung ihrer Klimaschutzverpflichtungen zu unterstützen;*
  - c) *die Ratifizierung und Durchführung derjenigen internationalen Arbeitsnormen zu fördern, die für den Rahmen für einen gerechten Übergang zu ökologisch nachhaltigen Volkswirtschaften und Gesellschaften für alle (wie sie im Anhang zu den IAO-Leitlinien aufgeführt sind) am relevantesten sind, und Defizite bei den Politikbereichen in den Leitlinien zu ermitteln und anzugehen, auch durch den Einsatz des Normenüberprüfungsmechanismus;*
  - d) *die Zusammenarbeit zwischen der IAO und den einschlägigen internationalen Institutionen, die im Bereich des Klimawandels aktiv sind, zu fördern, um menschenwürdige Arbeit und einen gerechten Übergang für alle voranzubringen.*